

Ressort: Politik

Linnemann verlangt schärfere Regeln gegen Islamisten

Berlin, 27.01.2018, 08:19 Uhr

GDN - Der CDU-Politiker Carsten Linnemann will, dass der Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung schärfere Aussagen gegen muslimische Extremisten in Deutschland enthält. "Mit dem politischen Islam wurde ein enorm wichtiges Thema im Sondierungspapier zu wenig berücksichtigt", sagte Linnemann, der im CDU-Bundesvorstand sitzt und Chef der 25.000 Mitglieder starken Mittelstandsvereinigung seiner Partei ist, dem "Spiegel".

Die wachsende Zahl von Salafisten und Gefährdern zeige die Dimension des Problems. "Wir müssen endlich wissen, wer in den Moscheen das Sagen hat, wer Träger und wer Finanzier ist", sagte Linnemann, der auch ein enger Verbündeter des CDU-Präsidiumsmitglieds Jens Spahn ist. Im Wahlkampf hatten sich beide für ein "Islam-Gesetz" ausgesprochen. Konkret forderte Linnemann nun schärfere Vorschriften für die Auslandsfinanzierung von Moscheen und die Einführung eines neuen Visums für Imame. In diesem Rahmen soll auch eine Sicherheitsüberprüfung stattfinden. Denn: "Immer mehr junge Leute werden in den Moscheen hierzulande radikalisiert."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-101240/linnemann-verlangt-schaerfere-regeln-gegen-islamisten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com